

*Barbara Kreilinger, Stefan Vater,
Harald Wildfellner, Peter Zwiehner (Hrsg.)*

Tagungsdokumentation

Krise des politischen Systems und neue Ansätze in der politischen Bildung

9. Oktober 2011, Wissensturm Linz



**Verband Österreichischer
Volkshochschulen**

Wien 2013

Impressum:

Barbara Kreiling, Stefan Vater, Harald Wildfellner, Peter Zwielehner (Hrsg.)

Tagungsdokumentation

Krise des politischen Systems und neue Ansätze in der politischen Bildung. 9. Oktober 2011,
Wissensturm Linz

Herausgegeben von:

Verband Österreichischer Volkshochschulen

Weintraubengasse 13, 1020 Wien

ZVR 128988274

Redaktion und Layout:

Mag.^a Barbara Kreiling, Dr. Stefan Vater, Mag. Peter Zwielehner

Fotos: Mag. Peter Zwielehner



**Verband Österreichischer
Volkshochschulen**

ISBN: 978-3-902022-32-5

©Alle Rechte vorbehalten

2013 Verband Österreichischer Volkshochschulen

Inhalt:

Einleitung	4
Ulrich Brand: Plädoyer für ein kritisch-weltgesellschaftliches Bildungsverständnis. Politische Bildung in Zeiten des (Post-) Neoliberalismus	5
Workshop 1: Neue Ansätze politischer Bildung im Rahmen sozialer Bewegungen - Attac und soziale Bewegungen	13
Workshop 2: Aufsuchende Bildungsarbeit.....	16
Workshop 3: Wie können wir durch unser Handeln Realität verändern?.....	20
TeilnehmerInnen.....	23
Informationen zur Tagung	26

Einleitung

Seit den 1990er Jahren mehren sich in der Öffentlichkeit kritische Stimmen über den Zustand der westlichen Demokratien. Die gesellschaftliche Realität und reale Politik mit ihren Skandalen und der als verbreitet wahrgenommenen Korruption lässt Politik und das Politische zusehends negativ erscheinen – zudem scheint diese Bedeutungsverschlechterung nicht umkehrbar.

„Die Politik“ betont und fördert in rasanter und zunehmender Geschwindigkeit einseitig die Wichtigkeit von Konkurrenz, Leistung, Schnelligkeit, Effizienz und ExpertInnenmeinung – so die Diagnose – und entzieht damit sich selbst oder der Demokratie den Raum der Öffentlichkeit.

Die Beteiligung der BürgerInnen – eine Notwendigkeit – sinkt, zumal die Orte der Demokratie verschwinden und die Lebensrealitäten der BürgerInnen zunehmend fragmentiert und prekariert werden und keinen Platz für politische Beteiligung eröffnen. Die Kluft zwischen (regierenden) Eliten und BürgerInnen und die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Immer mehr Menschen vertrauen in grundlegenden Fragen des Staates, der Integration und der Bildungspolitik mehr den Entscheidungen von ExpertInnen als jenen von PolitikerInnen. Die Demokratien selbst stehen unter dem Zwang der Universalisierung und Verabsolutierung des marktwirtschaftlichen Modells als der einzig denkbaren Variante gesellschaftlicher Organisation. Die Auswirkungen dieser Absolutsetzung und der genannten Phänomene werden immer öfter als Entdemokratisierung wahrgenommen.

Welche Bedeutung und welchen Stellenwert haben nun "politische Bildung" und "Citizenship Education" für die Erwachsenenbildung in Zeiten dieser Krise? Welche Rolle haben sie inne, welche Aufgaben und Ziele verfolgen sie bzw. sollten sie verfolgen? Wo und wie werden politische Erfahrungen gesammelt und wer sind die Akteurinnen und Akteure – die öffentlichen wie auch die verborgenen und ausgeschlossenen? Und welche neuen innovativen Ansätze lassen sich erkennen? Diesen und anderen Fragen widmete sich diese Tagung.



Ulrich Brand

Plädoyer für ein kritisch-weltgesellschaftliches Bildungsverständnis.

Politische Bildung in Zeiten des (Post-)Neoliberalismus*

Ich freue mich, dass Sie zu dieser Tagung kommen und dass Sie sich auf dieses Thema einlassen. Für mich ist das auch immer ein Teil eigener politischer Bildung, nämlich aus dem Akademischen herauszutreten und in anderen gesellschaftlichen Spektren Überlegungen anzustellen, aber auch in der Diskussion selber viel zu lernen.

Ich stelle Ihnen ein paar Linien vor, wie sich durchgesetzt hat, was wir als Neoliberalismus bezeichnen. Ich spreche von Neoliberalisierung und möchte mit dem Begriff der Neoliberalisierung einen komplexen Prozess und auch dessen Wirkungen deutlich machen.

Die Fragen in der Einladung zu dieser Tagung lauteten: Warum fordert Politik heute Konkurrenz, Effizienz und bestimmte Formen gesellschaftlicher Veränderung, die erst mal – so die These – gegen Demokratie gerichtet sind? Zweitens wird die plausible Diagnose gestellt, dass die Beteiligung der BürgerInnen sinkt, die Orte der Demokratie tendenziell verschwinden und die Lebensrealitäten der BürgerInnen zunehmend fragmentiert und prekariert sind. Es ist kaum mehr Platz für politische Beteiligung. Und drittens, da sind Sie aber viel kompetenter als ich: Was ist denn die Bedeutung und der Stellenwert von politischer Bildung, Citizenship Education, in der Erwachsenenbildung heute, in Zeiten der Krise?

Diese Fragen versuche ich im Vortrag zu beantworten. Zuerst werde ich ein paar Überlegungen zum Verständnis der aktuellen Entwicklung anstellen, dann einen Demokratiebegriff beziehungsweise ein umfassendes Verständnis von Demokratie schärfen. Es gibt viele Demokratieverständnisse, ich stelle Ihnen eines vor und möchte das an der ökologischen Krise ausführen. Das mag Sie überraschen. Ich bin jedoch der Ansicht, dass wir am Beispiel der ökologischen Krise, die aus meiner Sicht ein wichtiger Teil der gegenwärtigen Krise ist – es ist nicht nur die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise –, dass wir daran besonders gut verstehen können, worum es bei Demokratie geht.

* Transkription: Brigitte Eggenweber, Überarbeitung: Stefan Vater

Demokratie

Wir können uns dem Begriff Demokratie angemessen annähern, wenn wir unter Demokratie nicht nur die engen parlamentarischen Entscheidungsmechanismen verstehen. Zur Demokratie zählt auch die Exekutive, die Regierung, die eingebettet ist in ein rechtliches System und von einer räsonierenden Öffentlichkeit umgeben ist. In der Öffentlichkeit wird über die gesellschaftlichen Probleme und Angelegenheiten diskutiert, die dann politisch bearbeitet werden sollen. Es soll aber auch die Politik selbst kontrolliert werden, sie soll sich in der Öffentlichkeit rechtfertigen (im Gegensatz etwa zu privaten Unternehmen). Das ist zweifellos ein zentraler Kern von heutiger Demokratie.

Das wäre ein „enger“, gleichwohl gehaltvoller Demokratiebegriff: Demokratie führt dazu, dass nicht permanent politisiert wird, nicht permanent räsoniert wird, sondern zu dem, was in der Literatur als „Offene Institutionalisierung“ bezeichnet wird. Demokratie kann hoffentlich Fehler ermöglichen. Demokratie sollte nicht in eine Richtung gehen, wo nichts mehr korrigierbar ist. In der Krise müssen wir allerdings diskutieren, ob wir vielleicht schon auf ökonomischen und ökologischen Pfaden gehen, wo Fehler nicht mehr korrigiert werden können. Wenn man die angelsächsischen Begriffe nehmen will: Demokratie ist checks & balances – es sind verschiedene Kräfte, es gibt nicht eine Partei, sondern Regierung und Opposition, Widerspruch. Das ist, so denke ich, das herrschende Verständnis von Demokratie – auch in den Medien.

Aus meiner Sicht müssen wir das komplementieren. Demokratie ist ein voraussetzungsvoller Prozess, was bedeutet, dass es demokratischer Kulturen bedarf. Dafür stehen ja Volkshochschulen, dass sie dazu beitragen, Menschen aufzuklären beziehungsweise, dass diese sich selbst aufklären. Demokratie hat viel mit Lernprozessen zu tun. Es sollen Menschen in der Lage sein, Interessen zu erkennen, Interessen zu formulieren, Pluralität anzuerkennen und eben auch die üblichen Formen der Konfliktregulierung zu akzeptieren. Ein breites Demokratieverständnis impliziert aber auch, dass Menschen erkennen, wie sich unter demokratischen Bedingungen Machtverhältnisse ausbilden und verstetigen.

Demokratische Kultur bedeutet auch, erfahrungsorientiert zu handeln, bedeutet – und da sind wir in unserem Bereich der politischen Bildung – natürlich eine streitbare Aushandlung von Lehr- und Lerninhalten. Es wurde in der Begrüßung gesagt, die Aufarbeitung des Nationalsozialismus spiele heute eine wichtige Rolle in politischer Bildung; und darum muss natürlich gerungen werden. Ich kann mir vorstellen, dass das vor dreißig Jahren, vor vierzig Jahren ganz anders war. Auch das gehört zu einer demokratischen Kultur.

Demokratie ein materielles Verhältnis – ein voraussetzungsvoller Prozess

Weiters ist nach Oskar Negt Demokratie ein materielles Verhältnis. Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen dazu materiell im Stande sind, auch dazu beizutragen. Negt hat Anfang der siebziger Jahre dafür plädiert, sich nicht nur nach Köpfen zu organisieren, also nicht nur nach den Massen. Wir müssen spezifische Interessen einbringen und dafür einstehen; das ist insbesondere wichtig angesichts der Tatsache, dass das Kritische und das Neue sich oft durch Minderheiten und an den Rändern der Gesellschaft entwickeln. Da kann nicht zu früh darauf geschielt werden, ob bestimmte Vorschläge mehrheitsfähig sind. Negt hat Anfang der Siebziger den sogenannten Arbeitsfeldansatz entwickelt. Dieser besagt, es gehe nicht darum, dass alle nur in der Gewerkschaft handeln, oder nur auf nationalstaatlicher Ebene als BürgerInnen. Es gibt in den je spezifischen Lebensbereichen spezifische Interessen im Bildungssektor, im Gesundheitssektor, in der Politik selber. Es gibt Minderheiteninteressen – etwa im Bereich der Mobilität die FahrradfahrerInnen, im Bereich der Ernährung die VegetarierInnen –, die oft zukunftsweisend sind, aber in der Politik noch einen schwachen Stand haben. Es gibt, so Negt damals, in der Bildungs- oder Gesundheitsbranche die SozialistInnen, jene, die Bildung und Gesundheit in einen breiten Kontext

stellen und gegen die verknöcherten Verhältnisse eine emanzipatorische Gesellschaft schaffen möchten. Dabei geht es um Wissen, es geht um Kompetenzen und es geht um die Handlungsfähigkeit, damit sich Menschen überhaupt beteiligen können und mitentscheiden können.

Und das beinhaltet ein Demokratieverständnis, nämlich Demokratie als materielles Verhältnis, welches miteinschließt, dass Menschen aus den schlimmsten Alltagszwängen, von den schlimmsten Alltagsnöten befreit werden müssen, damit sie sich nicht permanent gegen Prekarisierung, gegen ihre Existenzgefährdung absichern müssen. Ohne diese Sicherheit ist Demokratie als voraussetzungsvoller Prozess, als Prozess der Aneignung von Kompetenzen, sich als Bestandteil fühlen von demokratischer Kultur nicht möglich.

Die Neoliberalisierung der Gesellschaft

Wenn wir über Veränderungen der letzten zwei, drei Jahrzehnte nachdenken, die sich ungleichzeitig und in einzelnen Bereichen unterschiedlich vollzogen haben, dann ist der Begriff der Neoliberalisierung der Gesellschaft anregend. Der Grundgedanke lautet, dass die Durchsetzung des Neoliberalismus zwei Dimensionen hat. Eine strategische Dimension dahingehend, dass für die Durchsetzung des Neoliberalismus gehandelt wurde, von starken Gruppen, von Kapitalgruppen, von politischen Parteien, in der Öffentlichkeit, und dass diese Strategien sich dann eben auch strukturell verfestigt haben. Das ist aus meiner Sicht ganz wichtig, um die heutige multiple Krise zu verstehen. Wir sollten uns nicht nur die mehr oder weniger erfolgreichen Strategien ansehen, sondern die strukturelle Verfestigung bis in die Denk- und Handlungsformen, bis in die Lebensweisen der Menschen. Und das nenne ich, um den prozeduralen Charakter etwas deutlicher zu machen, nicht Neoliberalismus als etwas Homogenes, als scheinbar Unveränderliches, sondern ich bezeichne das als einen Prozess der Neoliberalisierung der Gesellschaft.

Die strategische Dimension war in den siebziger, achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts verbunden mit den Akkumulationsproblemen von Unternehmen und von Kapital sowie mit der Strategie, verstärkt auf die Weltmärkte zu gehen. Für die konkurrenzfähigen Unternehmen bedeutete das, noch stärker als bislang globale Akkumulationsstrategien zu verfolgen. Das ist der ökonomische Kern dessen, was wir heute als Globalisierung bezeichnen. Das führte zu einer Veränderung von gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen, weil die Unternehmen und das Kapital sich globalisiert hatten, aber die Interessensvertretung der Lohnabhängigen weiterhin nationalstaatlich blieb - Stichwort Gewerkschaften, Stichwort Arbeiterkammer. Das führte, das wissen wir heute, zu einer deutlichen Verschiebung von Kräfteverhältnissen. Es führte nicht zu einem Rückbau des Staates, diese These halte ich für zu wenig komplex, aber es führte zu einer Schwächung bestimmter Staatsfunktionen. Der Staat ist in derselben Zeit aber in anderen Bereichen aufgebaut worden, denken Sie an die Militarisierung des vermeintlich neoliberalen Staates in den USA unter der Reagan-Regierung. Reagan hat enorme Rüstungsprogramme aufgelegt und die Sicherheitspolitik gegen MigrantInnen erheblich ausgebaut. Bestimmte Staatsfunktion vor allem die sozialpolitischen Staatsformen wurden gleichzeitig geschwächt.

Für uns schließlich ist wichtig, dass Wissen und Bildung systematisch zu einem Wettbewerbsfaktor gemacht werden sollen. Das sehen wir im Hochschulbereich am Bologna- Prozess oder, allgemeiner betrachtet, an der Lissabon-Agenda und dem Lissabon-Vertrag und vielen Äußerungen der Europäischen Kommission.

„There is no alternative!“

Neoliberalisierung heißt auch, dass haben Reagan und Thatcher besonders klar gemacht, die Kritik an bestehenden Verhältnissen – Kritik heißt ja auch: Pluralität zulassen – zu schwächen. Das, was

später als TINA-Prinzip bezeichnet wurde: „there is no alternative“. Es kann nicht mehr darum gerungen werden, ob es unterschiedliche Perspektiven, Herangehensweisen und Interessen gibt.

Auf eine andere strategische Dimension, die Colin Crouch als Post-Demokratie bezeichnet hat, eine komplexe Entdemokratisierung, gehe ich noch später ein. Diese Strategien von Unternehmen, von politischen Kräften, von Think Tanks und von Medien haben sich durchaus verfestigt, und das ist die Bedingung, unter der wir heute vor der Krise und auch während der Krise leben. Es gibt eben keine Produktionsweise mehr, die nationalstaatlich organisiert ist, sondern enorm europäisierte und globalisierte Produktionsweisen. Wenn wir heute Kleidung kaufen, dann sind sie weitgehend in China hergestellt. Es sind die neoliberale Orientierung und der Konkurrenzindividualismus tief verankert, auch das ist ja in der Einladung zu dieser Tagung genannt. Es gab nicht nur die Strategie der Veränderung von Kräfteverhältnissen, Stichwort Schwächung der Gewerkschaften, sondern sie wurden de facto verändert. Und wir sehen in der aktuellen Krise, dass zwar die Gewerkschaften noch mitangehört werden, wenn es um Kurzarbeit geht, aber insgesamt ist es eine Krisenregulierung von oben durch die Eliten und die Gewerkschaften oder andere AkteurInnen haben da gar nicht mehr so viel zu sagen.

Der Staat ist nicht verschwunden, das ist inzwischen wieder Konsens in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion. Der Staat hat sich transformiert, in das, was Joachim Hirsch als „nationalen Wettbewerbsstaat“ bezeichnet hat. Es ist nicht mehr der Wohlfahrtsstaat, für den eine wichtige Orientierung die Herstellung von Wohlfahrt war, sondern das Nadelöhr, durch das alles muss, ist die Wettbewerbsfähigkeit.

Die imperiale Dimension

Und ein letzter Punkt, der oft in unseren Diskussionen vergessen wird, ist das, was ich als imperiale Dimension bezeichne, oder auch als imperiale Lebensweise. Die imperiale Lebensweise soll nicht besagen, dass wir alle kleine ImperialistInnen sind. Sie bedeutet, dass wir, natürlich klassenspezifisch unterschiedlich, geschlechterspezifisch unterschiedlich, aber insgesamt in den ökonomisch wohlhabenden Gesellschaften, die Ressourcen und Produkte aus anderen Teilen der Welt relativ günstig produzieren lassen und hier konsumieren. Und die Überlegung ist, dass den Menschen hier immer noch suggeriert wird und es auch eine wichtige Alltagserfahrung ist: Naja, irgendwie geht's mir noch ganz gut. Irgendwie grummle ich zwar, mit denen da oben bin ich nicht so einer Meinung, aber irgendwie wird diese Gesellschaft hier noch so reproduziert, dass ein Großteil, nicht alle, aber ein Großteil der Menschen integriert ist.

Ich halte das für ganz wichtig, um zu verstehen, warum sich in der Krise so wenig tut. Warum so wenig Menschen aufstehen. Das mag sich ja in diesen Wochen gerade ändern mit der Occupy Wall Street-Bewegung und auch mit anderen Bewegungen. Aber mein Eindruck ist, in Wien lebend, dass die Menschen schon wissen, dass da drüben Ungarn ist und dass es den Menschen in Ungarn in der Krise viel schlechter geht. Oder dass sie wissen, die Produkte sind aus China, da hat man vielleicht ein schlechtes Gewissen wegen der fürchterlichen Arbeitsbedingungen. Das meine ich mit imperialer Lebensweise, und meine Überlegung ist, dass wir genauer verstehen müssen, welches die Mechanismen sind und wie eine imperiale Lebensweise zu einer solidarischen Lebensweise umgebaut werden kann. Da stellt sich natürlich die Frage an uns, was hier der Anteil der politischen Bildung wäre.

Die multiple Krise

Ich komme zu einem anderen Aspekt, der mit dem bisher Gesagten eng verbunden ist. Aus meiner Sicht sollten wir nicht in die Falle gehen, der dominanten Thematisierung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu folgen. Inzwischen gestehen auch die herrschenden Medien ein, dass es sich nicht nur um eine Konjunkturkrise handelt. Das war der Ton bis Ende 2010: „Wir haben es geschafft, wir sind durchgetaucht, in Österreich, in Deutschland, in anderen Ländern.“ Inzwischen wird stärker

anerkannt, dass es sich um eine multiple Krise handelt, die etwas mit Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun hat, aber auch viel mit der ökologischen Krise, mit Ernährungskrise, mit Energiekrise, mit Alltagskrisen. Und es ist eine Krise der politischen Repräsentation, auch wenn es immer noch so wirkt, als wenn die Großparteien, plus Grün, plus FPÖ irgendwie funktionieren.

Dennoch sollten wir nicht übersehen, dass trotz des Eingestehens einer multiplen Krise in der breiten Öffentlichkeit die alternative Deutung höchstens eine keynesianische Position ist, also die Aufforderung an den Staat, mit Investitionsprogrammen und Umverteilungspolitiken die Krise zu bearbeiten. Aber keynesianische Politiken gehen eben kaum auf die ökologische Krise oder die Krise der politischen Repräsentation ein.

Wir benötigen daher verstärkte Untersuchungen und Diskussionen, was der Zusammenhang der unterschiedlichen Krisendimensionen ist und wie einige Krisendimensionen – insbesondere jene des Wachstums – zu Lasten anderer – etwa ökologischen Aspekten – bearbeitet werden. Die Schrottprämie war hierfür ein Beispiel: Die Automobilindustrie wird gestärkt, anstatt gemeinsam mit den Beschäftigten den schrittweisen Umbau einer ökologisch schädlichen Industrie einzuleiten.

Wer trägt die Kosten der Krise?

Eine politisch zentrale Frage lautet: wer trägt die Kosten der Krise, wer trägt die Kosten der Krisenfolgen? Wir sehen in der EU, dass die Kosten nach Südeuropa, vielleicht demnächst nach Osteuropa externalisiert werden. Aber auch innerhalb unserer Gesellschaft muss gefragt werden: Wer steigt besonders schlecht aus bei den Austeritätspolitiken. Was bedeutet das für Demokratie? Die aktuellen Krisenpolitiken zeigen eine enorme Beschleunigung. Innerhalb von einer Woche oder zwei Wochen müssen wahnsinnige Krisenrettungsprojekte geschnürt werden. Das fördert natürlich Alternativlosigkeit, strukturelle Alternativlosigkeit. Es ist gar nicht möglich, über den Eurorettungsschirm richtig kompetent zu diskutieren. Wer soll sich dieses Wissen in so kurzer Zeit aneignen?

Ich bin Mitglied einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und die ParlamentarierInnen erzählten mir, dass sie wenige Tage vorher dicke Gesetzespakete auf den Tisch bekommen, die man kaum lesen, geschweige denn verstehen kann. Das ist die Beschleunigung der Politik. Das ist die Diagnose von Colin Crouch von Postdemokratie oder Jacques Rancière von Postpolitik.

Wir müssen uns aber auch fragen, ob für viele Menschen unserer Gesellschaft die Entdemokratisierung oder das was Nicos Poulantzas in den 1970er Jahren den autoritären Etatismus genannt hat, durchaus in den Erfahrungen der Menschen auch funktional ist. Also der Staat macht autoritär Politik und macht es für die eigene Bevölkerung in jenen Ländern, die noch nicht so sehr von der Krise betroffen sind, richtig. Die Regierungen der stärkeren Länder garantieren auf diese Weise, dass die Krise woanders stattfindet. Die Menschen ahnen oder wissen, dass sie hier in Österreich immer noch besser aussteigen als in anderen Ländern. Also trotz des Unmuts über Entdemokratisierung und Entpolitisierung ist das eine wichtige Erfahrung von Menschen, die jeden Tag lesen, wie schlecht es Menschen woanders geht. Irgendwie kommen sie hier noch durch. Die Arbeitslosigkeit ist relativ gering, die Jugendarbeitslosigkeit vor allem ist gar nicht so hoch. In Spanien ist sie vierzig, in manchen Regionen sechzig Prozent. Das noch genauer zu verstehen, das wäre meine zentrale Beunruhigung und Frage.

Postneoliberalismus

Ich möchte noch ein weiteres Element zu unserer Diskussion hinzufügen. Der Begriff des Postneoliberalismus kommt ursprünglich aus Lateinamerika von Intellektuellen um Luiz Inácio Lula da Silva, der zweimal Präsident in Brasilien war, nachdem er bereits dreimal bei Wahlen verloren hatte. Diese Gruppe versuchte bereits in den 1990er Jahren ein Programm zu formulieren,

dass dann als Lula-Programm wirklich in vielerlei Hinsicht ein Bruch mit dem Neoliberalismus war.

Für unsere Diskussionen und den Erfahrungshintergrund in Europa würde ich den Begriff gerne etwas anders verstanden wissen. Er soll uns anregen genauer hinzuschauen, in welchen Bereichen es wirklich substanzielle Veränderungen gibt im Vergleich zur Neoliberalisierung – und in welchen Bereichen vieles gleich bleibt. Ich müsste eigentlich sagen: Postneoliberalisierung. Wichtig ist mir jedoch anzuerkennen, dass der Neoliberalismus oder die Neoliberalisierung nicht vorbei ist, sondern dass es in der aktuellen Krise verschiedene Strategien gibt, um mit der Krise des Neoliberalismus umzugehen. Und da kann am Ende wieder Neoliberalismus rauskommen. Wir sehen heute, dass viele Formen der Krisenbearbeitung neoliberal sind und trotzdem tut sich sehr viel in der Krise.

In der Krise des Neoliberalismus oder der Neoliberalisierung wird um Krisenlösungen gerungen. Von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, Think Tanks, Parteien, Unternehmensgruppen, teilweise auch Gewerkschaften wird nach Strategien gesucht, wie mit der Krise umgegangen werden kann. Wessen Interessen werden bedient, wessen Interessen werden negativ berührt? Sind es jetzt eher autoritäre Varianten der Krisenlösung – es geht derzeit deutlich in Richtung autoritäre Varianten – oder sind es vielleicht eher demokratische Varianten? Letztere wären Einsatzpunkte eben vielleicht der Gewerkschaften, von sozialen Bewegungen, kritischen Intellektuellen. Also das wäre der erste Gedanke.

Ein zweiter Gedanke: Im Postneoliberalismus, also in der aktuellen Krise, geht es vor dem Hintergrund der multiplen Krise nicht nur darum, die Wirtschaft mit Rettungsschirmen zu stabilisieren. Aus meiner Sicht müssen wir genauer beachten, wie die ökologische Krise in der Wirtschaftskrise bearbeitet wird. Und da ist meine These, dass das überschüssige Kapital, das sich angesammelt hat und das Ursache der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist, nun verstärkt in den Bereich von Umwelt und Ressourcen geht. Ein prominentes Beispiel ist der Emissionshandel, der zum Milliardengeschäft wird, falls das ganze Kyoto-System nicht aus politischen Gründen kollabiert. Sie werden schon den Begriff des Land Grabbing gehört haben, also dass zurzeit etwa viel Land in Afrika gekauft wird, teilweise aus Spekulationsmotiven, teilweise aber auch für den Anbau von Agrartreibstoffen, um „saubere Energie“ zu produzieren. Es wird zudem in Infrastrukturen investiert, für Ölpipelines, Gaspipelines.

An der Bearbeitung der ökologischen Krise kann man aus meiner Sicht besonders gut die Frage der Demokratie stellen. Das war meine Eingangsthese. Wird die ökologische Krise autoritär oder demokratisch bearbeitet? Kommt es zu einem Investitionsschub von Kapital oder geht es um wirklich nachhaltige Politik? Wenn Demokratie bedeutet, danach zu fragen, wer über die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft bestimmt, wer also die Muster vorgibt, wie sich die Gesellschaft politisch, ökonomisch, kulturell entwickelt – dann wird das im Bereich der Umwelt- und Ressourcenpolitik deutlich. Wird die ökologische Krise dadurch bearbeitet, dass massiv Kapital in Landkauf, in Infrastruktur geht, aber sich an der Produktions- und Lebensweise nichts verändert?

Wenn wir Ansatzpunkte für die politische Bildung suchen, dann sollten wir meines Erachtens eine Perspektive überwinden, der zufolge die Menschen oder gar „die“ Menschheit „den“ Planeten „übernutzt“. Entsprechend müssen wir viel genauer fragen, unter welchen Bedingungen heute die konkreten Lebensverhältnisse, Mobilität, Ernährung, Wohnen hergestellt werden. Wird Mobilität ökologisch hergestellt oder nicht ökologisch, unter dem Diktum der Gewinnmaximierung oder der demokratisch geplanten Bedürfnisbefriedigung? Wer bestimmt eigentlich heute in der Gesellschaft, wie Mobilität hergestellt wird? Oder: Wer bestimmt über die Herstellung von Nahrungsmitteln? Wer bestimmt die Forschung zur Herstellung von Nahrungsmitteln? In der Beantwortung dieser Fragen können wir aus meiner Sicht die Frage der Demokratie mit der

ökologischen Krise verbinden. Denn das sind aus meiner Sicht demokratische Fragen, die wir dann in politischer Bildung weitertreiben können.

Ein weltgesellschaftliches Bildungsverständnis

Normativ ausgewiesen geht es aus meiner Sicht bei Bildung nicht nur um Fertigkeiten, um die Aneignung von beruflichen Kompetenzen, also nicht nur um Ausbildung im engeren Sinne, so wichtig das ist. Emphatisch betone ich Mündigkeit, Urteilsfähigkeit und damit verbunden Handlungskompetenz als Horizonte politischer Bildung. Die individuelle Handlungskompetenz zu verbinden mit einer gesellschaftlichen Gestaltungskompetenz und mit Rücksichtnahme, das ist ein weiterer Schritt. Denn individuelle Handlungskompetenz kann ja auch über Geld hergestellt werden, darüber eben, was Menschen sich am Markt kaufen können. Gesellschaftliche Gestaltungskompetenz, da sind wir beim Kern der Frage der Demokratie, bedeutet: Wie wird Gesellschaft gestaltet und wer bestimmt das? Und das beinhaltet notwendig eine Kritik daran, dass und wie heute von oben, von Vermögenden und politisch Mächtigen wesentliche Entscheidungen getroffen werden; das geht dann einher mit einer Kritik von Herrschaft. Bildung bedeutet, auch ganz emphatisch, Selbstverständigung der Gesellschaft über sich selbst. Wie begreifen wir uns heute? Wie begreifen wir die aktuelle Krise? Wie begreifen wir die Krise der Repräsentation, die gerade von Hannes Androsch thematisiert wird? So ein grantiger, aber doch netter Politiker, der nun den Laden aufmischen will. Dann gibt es ein Volksbegehren, aber im Grunde genommen sind das die älteren Herren, die bekannt waren, bekannt bleiben, die sich über die Gesellschaft Gedanken machen. Das ist eine relativ eingeschränkte Selbstverständigung der Gesellschaft über sich selbst; wobei ich die guten Absichten der Herren nicht in Abrede stellen möchte.

Alternativen lernen

Die Frage, ob und wie Alternativen und damit Demokratie gelernt werden können, wird dadurch aufgeworfen, dass darauf bestanden wird, dass es Alternativen gibt. Doch diese Feststellung scheint immer wieder zu verpuffen.

Daher zum Abschluss ein paar Anregungen. Aus meiner Sicht braucht es eine sozialökologische Transformation der Gesellschaft, die eben nicht nur ökologisch ist, sondern auch sozial. Damit sind wir bei der Frage der Demokratie. Wir wissen aber, dass unter den aktuellen Bedingungen eines oligarchischen Wohlstands für wenige auf der Welt, unter Bedingungen, die keine Globalisierung der westlich-imperialen Lebensweise erlauben, Demokratie und Ökologie beziehungsweise Nachhaltigkeit nicht ausreichend möglich sind. Die kurzfristigen Interessen obsiegen. Dafür muss man nur einen Blick in die Zeitschrift der Arbeiterkammer werfen. Doch es ist natürlich wichtig, dass die Menschen selbst in Verbindung mit der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften gegen eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen kämpfen – oder gar für eine Verbesserung.

Aus diesem Dilemma kommen wir nicht mit abstrakten Vorschlägen heraus. Vielmehr sollte an die widersprüchlichen Alltagserfahrungen der Menschen angeschlossen werden. Und damit sind wir bei einem originären Feld der politischen Bildung. Ich verdeutliche das an drei Bereichen. Wir leben alle in dem Widerspruch, dass wir wissen, die natürlichen Lebensgrundlagen werden zerstört und trotzdem gibt es eine konsumistische und auch produktivistische Herangehensweise. Irgendwie greifen auch wir, selbst wenn wir uns wahrscheinlich eher zum aufgeklärten Flügel der Gesellschaft zählen würden, auf die oftmals günstigen und naturzerstörerischen Produkte zurück. Über diesen Widerspruch können Lernprozesse initiiert werden.

Ein zweiter Widerspruch und Kern der aktuellen Proteste liegt darin, dass einerseits die liberalen Gesellschaften weiterhin den individuellen Aufstieg versprechen: „Wenn du dich nur anstrengst, dann bist du deines Glückes Schmied oder Schmiedin.“ Gleichzeitig gibt es jedoch, vor allem in Gesellschaften in Südeuropa oder Nordafrika, strukturelle Grenzen für Aufstieg, Grenzen für individuelles Glücksversprechen, es gibt ja breite Verarmungsprozesse.

Und ein dritter Punkt der widersprüchlichen Erfahrungen wäre das Versprechen funktionierender und mehr oder weniger gerechter staatlicher Politik. Sie funktioniert eben in bestimmten Bereichen nicht – auch das ist ja die Erfahrung von vielen Menschen. Und gerecht ist sie für viele Menschen schon gar nicht.

Entscheidend scheint mir neben einer konzeptionellen und praktischen Kritik an den aktuellen herrschaftlichen Krisenpolitiken, die Konstellation der imperialen Lebensweise genauer zu begreifen und die Konsequenzen für die politische Bildung zu bedenken. Einer Konstellation also, in der die meisten Menschen unserer Gesellschaft in ihren Alltagspraxen und in ihrem Denken irgendwie noch glauben, dass es Ihnen gut geht, was zum Teil ja auch so ist. Wie können wir mit diesem Widerspruch umgehen, dass wir selber eingeschrieben sind in diese imperiale Lebensweise und dass wir aus guten Gründen aus ihr heraus sollten? Das wird nicht über moralische Appelle geschehen, sondern über Lernprozesse, die dazu in der Lage sind, die widersprüchlichen Alltagserfahrungen zu verarbeiten, mit einem attraktiven Horizont zu verbinden und zu kompetentem, notwendig herrschaftskritischem, manchmal tastendem und Fehler machendem Handeln werden zu lassen.

Literaturhinweise

- Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/ Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen. Hamburg 2012
- Brand, Ulrich: Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien. Hamburg 2011
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Sozial ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg 2011, S. 78–93
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Clean Capitalism? Die Inwertsetzung von Natur als Krisenstrategie. In: Wissenschaft und Umwelt Interdisziplinär 14. München 2011, S. 99–105
- Brand, Ulrich: Bedingungen und Möglichkeiten kritischer Wissenschaft. In: Sozialistische Politik und Wirtschaft 181. H. 6, Berlin 2010, S. 36–43

Kontakt:

Dr. Ulrich Brand
Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft
Web: <http://politikwissenschaft.univie.ac.at>
E-Mail: ulrich.brand@univie.ac.at



Workshop 1: Neue Ansätze politischer Bildung im Rahmen sozialer Bewegungen - Attac und soziale Bewegungen

Leitung:

Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

ExpertInnen:

Pier-Paolo Pasqualoni (Universität Innsbruck), Helga M. Treichl (Universität Innsbruck)

Maximale Partizipation unter minimalen Voraussetzungen? Ein Fallbeispiel

Unter dem Stichwort Post Democracy macht Colin Crouch in entwickelten westlichen Demokratien eine Reihe von Demokratiedefiziten auf grundlegender Ebene aus. Die von ihm aufgezeigten Trends wurden im Workshop zunächst nachgezeichnet und diskutiert. Im Zuge des Niedergangs klassenbasierter Politik, der seitens zivilgesellschaftlicher Initiativen wenig entgegengesetzt werden konnte, trägt die wachsende Distanz zwischen Entscheidungsträgern und Betroffenen vermehrt dazu bei, dass über die Köpfe von BürgerInnen, sozialen Gruppen und ganzen Staaten hinweg entschieden wird. Flankiert wird diese Entbettung politischer Eliten von Diskursen und Praktiken staatlicher Sicherheit und Geheimhaltung sowie von negativen Rechten, die im gleichen Maße an Bedeutung gewinnen, wie die Möglichkeiten zur Einflussnahme durch zivilgesellschaftliche AkteurInnen schwinden.

Darüber hinaus werden abgekürzte Verfahrensvarianten verstärkt dazu genutzt, etablierte Entscheidungsverfahren, die Meinungsbildungsprozessen ein besonderes Gewicht einräumen, zu vermeiden bzw. zu umgehen, wodurch etwa Parlamente und Kabinette weiter an Macht einbüßen. Öffentliche Meinung wird über Umfrageergebnisse konstruiert, ohne dass die Befragten die Möglichkeit haben, auf den Prozess der Meinungsbildung Einfluss zu nehmen: Auf der Vorderbühne wird die Klaviatur der Imagepflege im medialen Hochglanzformat bedient. Aus dem Trend zur Personalisierung und Trivialisierung der Politik wird ein Erfordernis, das etwa das Aussehen und die Privilegierung medienwirksamer Genres zu parteiinternen Aufstiegsriterien

erhebt. Auf der Hinterbühne spielen andere Prioritäten und Verbindlichkeiten eine Rolle – etwa die „Handschlagqualität“ gegenüber einzelnen AkteurInnen mit partikularen, speziell ökonomischen Interessen.

Die Umstrukturierung der öffentlichen Versorgung nach betriebswirtschaftlichen Modellen, die sich in der vorherrschenden Doktrin des New Public Management wieder findet, geht mit einer schrittweisen Konvergenz von Parteiprogrammen und einer Homogenisierung der Regierungsstile einher. Sie beraubt, ja entleert Politik ihrer herkömmlichen Funktion („vapid politics“). Die Erosion institutioneller Versäulung, die sich in den genannten Entwicklungen manifestiert, und eine zunehmende Permeabilität zwischen Staat und Markt verweisen auf Auflösungsprozesse, welche die relative Autonomie parallel arbeitender Institutionen konterkarieren. Als neues Paradigma für politische Parteien betritt somit die „phantom firm“ (Naomi Klein) die Bühne der Politik.

Die angeführten Entwicklungen hin zur „Postdemokratie“ gehen mit einem Verlust an Verbindlichkeit, ja mit deutlichen Legitimationseinbußen herkömmlicher politischer Institutionen (vornehmlich der Nationalstaaten) und mit der Aushöhlung demokratischer Prinzipien einher. Allerdings erfolgt diese Trendwende eher schleichend und kommt ohne die Zerschlagung demokratischer Strukturen aus. Vor dem Hintergrund der Diagnose, dass dem diskursiven Erfolg, der die Kritik des Neoliberalismus und einige Forderungen von Attac – spätestens seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise – in eine Mainstream-Position versetzt, die Tatsache gegenübersteht, dass bislang jeglicher realpolitische Niederschlag dieser Kritiken und Forderungen aussteht, standen im Workshop folgende Diskussionsfragen im Raum: Was hat eine Bewegungsorganisation diesen Entwicklungen entgegenzusetzen? Wie soll sie sich organisieren, wie bewusstseinsbildend auf ihr/sein Umfeld einwirken, um auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen? Inwiefern greift sie dabei selbst auf Elemente zurück, die diese Entwicklungen spiegeln?

Am Beispiel von Attac ergaben sich in der Arbeitsgruppe grundsätzliche Überlegungen im Hinblick auf die Frage, wie sich gegenwärtige Dilemmata zivilgesellschaftlichen Engagements vor dem Hintergrund der Postdemokratie-These verstehen lassen: Welcher Begriff von Bildung, welches Politikverständnis gehen mit einer Verstärkung des NGO- bzw. des Bewegungsscharakters oder einer schlichten Positionierung als Netzwerk innerhalb von Attac einher? Wer wird jeweils inkludiert bzw. ermächtigt, wer ausgeschlossen? Welche Möglichkeiten politischer Bildung werden durch das jeweilige organisationale Paradigma (Netzwerk/soziale Bewegung/NGO) eröffnet, welche verschlossen?

Die zugehörige Literaturliste ist dem folgendem Weblink zu entnehmen:

http://erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11_07_pasqualoni_treichl.pdf

Zusammenfassung:

Die Diskussion im Workshop hat sich, was die Analyse betrifft, mit dem Input von Ulrich Brand weitgehend gedeckt. Vor allem damit, was im Umfeld des Begriffs "Postdemokratie" diskutiert wird. Demokratische Strukturen und Partizipation werden zunehmend ausgehöhlt. In der

Arbeitswelt kann die Zunahme des Burnout-Syndroms als *ein* Symptom gesehen werden. In der Politik zeigt es sich unter anderem durch Trivialisierung.

In Gruppenarbeiten haben sich die WorkshopteilnehmerInnen mit Textfragmenten zu Attac auseinandergesetzt. Dabei stand Attac als Nichtregierungsorganisation im Vordergrund, aber auch die Frage, inwieweit Attac als politische Bildungsorganisation zu verstehen ist.

Es wurden die Vor- und Nachteile dieser Organisationsform diskutiert, welche Formen von Selbstermächtigung in Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen relevant sind, wie diese Organisationen medial repräsentiert werden, etc.

Aus dem Publikum wurde die Frage aufgeworfen, ob, neben den negativen Befunden im Zusammenhang mit dem Begriff der Postdemokratie, auch positive Tendenzen auszumachen sind. Gibt es nicht mehr Transparenz zum Beispiel im Bereich der Finanzpolitik? Heute beschäftigen sich doch mehr Menschen mit diesem Bereich und Attac hat dazu auch einen Beitrag geleistet.

In einem Beitrag aus dem Publikum wurde darauf hingewiesen, dass die Organisationen von Attac sich aus nationalen Gruppen zusammensetzen. In den einzelnen Ländern sind die Organisationsformen sehr unterschiedlich. Zur Frage von Transparenz wurde mit dem Beispiel eingegangen, dass vor der letzten Budgetrede der österreichischen Finanzministerin Attac eine alternative Budgetrede vorgestellt hat, in denen die Vorstellungen von Attac zu diesem Bereich präsentiert wurden. Das ist ein konkretes Beispiel dafür, dass auch über Alternativen in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

In einer weiteren Antwort zur Frage der Transparenz wurde auf die zunehmende Bedeutung hingewiesen, die offene und soziale Medien in der Öffentlichkeit genießen.

Kontakt:

Dr.ⁱⁿ Helga M. Treichl
E-Mail: h.treichl@aulion.at

Mag. Dr. Pier-Paolo Pasqualoni
Universität Innsbruck
Institut für Erziehungswissenschaften
Web: <http://www.uibk.ac.at/iezw>
E-Mail: Pier-Paolo.Pasqualoni@uibk.ac.at



Workshop 2: Aufsuchende Bildungsarbeit

Leitung:

Barbara Kreilinger (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

ExpertInnen:

Herbert Schweiger (Volkshochschule Donaustadt), Helga Suleiman (Selbstorganisation von und für Migrantinnen, SOMM)

Bildung im Gemeindebau (Herbert Schweiger, VHS Donaustadt)

Wenn, wie im Strategiepapier zur Umsetzung des „Lebenslangen Lernens“ in Österreich formuliert, berufliche Kompetenzen und deren ständige Weiterentwicklung zur Voraussetzung von Beschäftigungsfähigkeit und zur primären Säule sozialer Absicherung werden, dann klingt das wie eine Drohung für all jene, die dieser Aufforderung nicht nachkommen können. (vgl. Krenn 2010, S. 63)

Seit den 1970er Jahren ist die Idee und die Förderung des lebenslangen Lernens eine der zentralen Begründungen für Erwachsenenbildung.

Die damit einhergehende Pädagogisierung und Verschulung von Bildung, gleichsam „lebenslänglich“, wird mitunter sehr kritisch gesehen und zunehmend in Frage gestellt.

Pädagogisierung wird mitunter auch als Versuch der pädagogischen und sozialtherapeutischen Lösung gesellschaftlicher Probleme und die gleichzeitige Verhinderung einer politischen Lösung erlebt. Diese Strategie der Pädagogisierung von Politik wird in Zeiten der Rezession immer offensichtlicher und zur Ideologie. (vgl. Klemm 2011, S. 28)

Karlheinz A. Geißler spricht in diesem Zusammenhang von „imperialistischen Tendenzen der Erwachsenenbildung“ beziehungsweise von „Erwachsenenbildung als sanftem Imperialismus“. Seine Kritik an der Pädagogisierung und Professionalisierung der Praxis der Erwachsenenbildung äußert sich wie folgt:

- Erwachsenenbildung wirkt kompensatorisch und entpolitisiert.

- Durch die pädagogischen und institutionalisierten Lernprozesse werden Erwachsene von Praxiserfahrung ferngehalten, wodurch es zu einer tendenziellen Enteignung des sozialen Lebenszusammenhanges und schließlich zu einer Entmündigung durch ExpertInnen kommt. (vgl. Klemm 2011, S. 28)

Lebenslanges Lernen unter diesem Gesichtspunkt betrachtet entspricht einem neokonservativen Humankapital-Modell, in dem lebenslanges Lernen darauf ausgerichtet ist, auf einem sich ständig verändernden Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Mitunter wird darin auch der Versuch geortet, eine neue Lernkultur durch selbstgesteuertes Lernen zu etablieren, die die Verantwortung für gesellschaftlich produzierte Risiken (wie Arbeitsplatzverlust) auf die betroffenen Individuen überträgt. (vgl. Krenn 2010, S. 63)

Was aber passiert mit Menschen, die in diesem Prozess nicht mitkommen beziehungsweise auf der Strecke bleiben? Gerade bildungsbenachteiligte Menschen unterliegen hier einem hohen Risiko.

- Braucht es hier nicht sozial-politische emanzipatorische Modelle, die nicht nur die Voraussetzung schaffen für alle, die Lernen wollen und können, sondern auch aktive Hilfestellung und Anreize für bildungsungewohnte und bildungsbenachteiligte Bevölkerungsgruppen?
- Bietet eine gemeinwesenorientierte Erwachsenenbildung, also eine Form gemeindebezogener oder stadtteilbezogener Erwachsenenbildung, die sich an Prinzipien und Methoden der Gemeinwesenarbeit orientiert, die Chance solche Modelle zu etablieren? (vgl. Kellner 2004, S. 1)
- Bietet die stadtteilbezogene Erwachsenenbildung die Möglichkeit, eine Lehr- und Lernkultur zu gestalten, die auf Kompetenzen und den Erwerb reflexiver Handlungsfähigkeit abzielt?
- Wie denken ExpertInnen aus dem Bereich der Gemeinwesenarbeit darüber?
- Was macht die Volkshochschulen zu einem anerkannten Partner in der Gemeinwesenarbeit?
- Inwieweit sind die Erfahrungen aus der Bildungsarbeit in Wiener Gemeindebauten auf die Arbeit in Gemeinden sowie im klein- und mittelstädtischen Bereich übertragbar?

Diese Fragen sollen im Workshop vor dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen und lokaler Gegebenheiten diskutiert und erörtert werden.

Literaturhinweise:

- Kellner, Wolfgang: Die Seminarreihe „Erwachsenenbildung und Gemeinwesenarbeit“ im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl 1979 bis 2004. In: Rohrmoser, Anton: Gemeinwesenarbeit im ländlichen Raum. Innsbruck/Wien 2004
- Klemm, Ulrich: Lernende Regionen – ein zeitgemäßes Konzept für ländliche Erwachsenenbildung. In: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BLFUW), Abteilung II/2: Handbuch Lernender Regionen, Grundlagen. 2. Aufl., Wien 2011
- Krenn, Manfred: Gering qualifiziert in der „Wissensgesellschaft“ –Lebenslanges Lernen als Chance oder Zumutung? FORBA – Forschungsbericht im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien. Wien 2010

SOMM – Selbstorganisation von und für Migrantinnen und Musliminnen (Helga Suleiman, Graz)

Als Selbstorganisation von und für Migrantinnen und Musliminnen, kurz SOMM, fördert unser gemeinnütziger Verein seit 2007 die gesellschaftliche Teilnahme von Migrantinnen und Musliminnen und unterstützt sie im Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten.

Diese Form der Selbstorganisation ist wichtig, um Selbstvertretung statt Stellvertretung in die Tat umzusetzen. Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Partizipation und Integration als politische Forderungen gehen dabei Hand in Hand mit konkreter Hilfe in sozialen Angelegenheiten und der Umsetzung des Rechts auf bezahlte Arbeit, welches gerade für Migrantinnen und kopftuchtragende Musliminnen keine Selbstverständlichkeit ist.

Ein wichtiger Beitrag von SOMM zur Entfaltung der Zivilgesellschaft ist die Einforderung von Rechten, die Migrantinnen und Musliminnen verweigert werden, wie zum Beispiel das Recht auf Gleichbehandlung, unabhängig von Hautfarbe und Religion.

Antidiskriminierung stellt einen zentralen Arbeitsschwerpunkt dar. In Zusammenarbeit mit der Gleichbehandlungsanwaltschaft, dem Klagsverband und ZARA werden Diskriminierung von Migrantinnen und Musliminnen veröffentlicht und gerichtlich verfolgt.

Über eine der selbstorganisierten Frauengruppen in SOMM namens *Rahma*, in der muttersprachliche Migrantinnen in der Begleitung und Betreuung anderer Migrantinnen aktiv sind, werden Fälle von Diskriminierung im Gesundheitswesen an die PatientInnenanwaltschaft weitergetragen.

SOMM leistet auf diesen Ebenen Aufklärungsarbeit bei Migrantinnen und Musliminnen, die über ihre Rechte informiert werden und Wissen über Werkzeuge zur Durchsetzung ihrer Anliegen gewinnen - eine wichtige Voraussetzung, um den Zusammenhang von politischer Meinungsäußerung und Möglichkeiten zur Veränderung subjektiv und objektiv unerträglicher Zustände zu erfahren.

Im Hinblick auf die Mehrheitsgesellschaft leistet SOMM Sensibilisierungsarbeit in Form von aufsuchender Bildungsarbeit in Schulen, bei Behörden und in Gesundheitseinrichtungen. Diese Arbeit ist von großer Bedeutung. Damit werden Islamfeindlichkeit und Rassismus als strukturelle Phänomene im allgemeinen globalen Zusammenhang analysiert und deren Auswirkungen im Alltag erkennbar gemacht, benannt und bearbeitet. Diese Aufklärungsarbeit leisten Migrantinnen und Musliminnen als in vielen Facetten und auf vielen Ebenen Betroffene selbst.

SOMM beteiligt sich an öffentlichen Aktivitäten zu frauenpolitischen und menschenrechtlichen Themenbereichen. In Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung wurden mehrere Veranstaltungen durchgeführt, zu denen Veröffentlichungen wie „Frauenpolitik zwischen Dominanzkultur und Solidarität“ zur Verfügung stehen.

Zusammenfassung:

In der Präsentation der Arbeit der Volkshochschule Donaustadt wurden viele Beispiele vorgestellt, wie aufsuchende Bildungsarbeit funktionieren kann beziehungsweise welche Hürden es gibt. Unter den klassischen Bildungsangeboten finden sich EDV- und Sprachkurse, etc. Darüber hinaus

war es wichtig, dass Menschen eine Kultur des gemeinsamen Lernens entwickeln. Es sollten neue Projekte entstehen, für die von der VHS Donaustadt Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden. Beispielsweise wurde ein Zeitungsprojekt realisiert. Die Zeitung wird an jeden Haushalt im Gemeindebau verteilt, dadurch haben Jugendliche ein Sprachrohr gefunden.

Sehr anders war der Bericht von SOMM. Das ist eine Gruppe, in der sich Frauen selbst organisiert haben. Dabei wird aufsuchende Bildungsarbeit anders verstanden. Es geht oft darum an Institutionen heranzutreten, sich Gehör zu verschaffen und Wissen zu vermitteln. Für SOMM ist es wichtig, Rechte zu vermitteln. Das ist bereits der entscheidende Schritt, dass Frauen auch ihre Rechte in Anspruch nehmen können. Es werden Frauen beim Überwinden konkreter Hürden begleitet und unterstützt. Ein wichtiger Erfolgsfaktor dafür ist, mit den widerständigen Potentialen der Menschen zu arbeiten. Dieses Potential bringen alle Menschen mit, egal woher sie kommen.

Im Workshop wurden einige Faktoren für das Gelingen aufsuchender Bildungsarbeit herausgearbeitet:

- Aufsuchendes vs. besuchendes Verständnis: Dabei wurde der Aspekt herausgearbeitet, dass auch auf Seite der AnbieterInnen die Bereitschaft zum Lernen vorhanden ist. Man darf nicht als "Heilsbringer" an die Menschen herantreten. Bildungsarbeit muss als gemeinsamer Prozess verstanden und erarbeitet werden.
- Es ist wichtig die Erwartungen der Menschen zu erfragen. So stellt sich die Frage, ob sich Bildungsinteressen mit Wünschen an die Bildungsorganisationen decken.
- Beziehungsarbeit ermöglicht Bildungsarbeit: Klassische Kursformate werden von den üblichen Zielgruppen gut angenommen. Sollen neue Zielgruppen erreicht werden, ist es notwendig, Beziehungsarbeit zu leisten um eine tragfähige Beziehung aufzubauen.
- Politische Bildung passiert oft nicht explizit. Sie passiert "zwischen den Zeilen". Oft sind bestimmte Angebote sehr politisch, wenn auch nicht vordergründig als „Politische Bildung“ ausgewiesen, z. B. in der Basisbildung.
- Allgemeine, aber letztendlich entscheidende Faktoren für das Gelingen können mit den Stichworten „Geduld und Zeit“ auf den Punkt gebracht werden.
- Netzwerke vor Ort müssen aufgebaut und gepflegt wurden. Dadurch können zum Beispiel Räume gemeinsam genutzt werden.
-

Säulen einer aufsuchenden Bildungsarbeit

- Beziehungsarbeit
- Partizipative Zugänge schaffen
- Kontext zur persönlichen Lebenssituation herstellen

Kontakt:

Mag.^a Helga Suleiman
SOMM
Wielandgasse 23
8010 Graz
Telefon: 0316/76 30 80
E-Mail: kontakt@somm.at
Homepage: www.somm.at

Herbert Schweiger, MBA
VHS Donaustadt
Bernoullistraße 1
1220 Wien
Telefon: +43 1 202 82 34-12
E-Mail: schweiger@donauvhs.at
Homepage: www.vhs.at, www.donauvhs.at



Workshop 3: Wie können wir durch unser Handeln Realität verändern?

Leitung:

Harald Wildfellner (VHS Linz)

ExpertInnen:

Silvia Gangl (InterACT, Verein Amsel), Dr. Michael Wrentschur (InterACT, Universität Graz)

InterACT

Das Forumtheater als Raum des kreativen und partizipativen Probehandelns

Seit dem Jahr 2003 realisiert InterACT Forumtheaterprojekte mit Gruppen, die von einer bestimmten sozialen Problematik betroffen sind. Diese Projekte setzen sich zum Ziel, Menschen ein kreativ-ästhetisches, partizipatives Werkzeug anzubieten, mit dem diese einschränkenden, diskriminierenden oder unterdrückenden Situationen und/oder Strukturen in ihrem Leben auf andere Weise begegnen können. Dadurch können Ideen entstehen, die persönlichen, sozialen und politischen Lebensrealitäten neu zu gestalten und zu verändern. Mit Forumtheater werden zudem Brücken gebildet zur gesellschaftlichen Öffentlichkeit sowie zu Behörden und politischen EntscheidungsträgerInnen, um gesellschaftliche und politische Veränderungsprozesse in Gang zu setzen.

Was ist Forumtheater?

Forumtheater bedeutet zum einen eine interaktive Aufführungsform, bei der das Publikum eingeladen wird, sich am Spielgeschehen zu beteiligen, um vielfältige Lösungs- beziehungsweise Veränderungsideen für einen dargestellten Konflikt oder ein Problem auszuprobieren. Die restlichen SchauspielerInnen reagieren auf diese Veränderungsidee aus der Perspektive ihrer jeweiligen Rolle heraus. Dadurch werden die Folgen des Handelns sichtbar gemacht – Handeln

und Erkenntnis werden gemeinsam entfaltet und reflektiert, man sieht und erlebt, wie Handlungen Realität(en) verändern können – oder auch nicht.

Forumtheaterstücke sind zum anderen Ergebnisse eines gruppenbezogenen Forschungsprozesses mithilfe szenisch-theatralischer Methoden. Dieser Prozess ist von der gemeinsamen Suche nach Handlungs- und Veränderungsmöglichkeiten für belastende, unterdrückende Situationen und Strukturen geprägt. Die Theatralisierung und Reflexion von individuellen, subjektiven Erfahrungen mithilfe theatralischer Lern- und Forschungsmethoden führt zu Verdichtungen in Form von Szenen und Bildern, die auf vielfältige Weise kreativ bearbeitet werden. Erkenntnis- und Bewusstwerdungsprozesse werden mit der Suche nach Veränderung der persönlichen, sozialen und politischen Wirklichkeit verbunden.

Forumtheater ist eine grundlegende Form des demokratischen Dialogs in Handlungen: Im Gegensatz zu sozialen Ausschließungspraktiken oder Ungleichheitsstrukturen herrschender, öffentlicher Diskurse kann jede Frau, jedes Kind, jeder Mann Stellung beziehen, kann die Macht des Wortes und der Handlung ergreifen und zeigen, was er/sie verändern will. Dadurch wird das Forumtheater zu einem Proberaum für die Realität mit dem Ziel, die Handlungsmöglichkeiten der Teilnehmenden zu erweitern beziehungsweise bessere Lösungen für Konflikte oder Probleme zu finden sowie Wege zu entwickeln, einschränkende und unterdrückende Strukturen zu verändern – auch auf politischer Ebene.

Inhalt des Workshops:

- Praktische Übungen aus der Forumtheaterarbeit.
- Präsentation von Forumtheaterprojekten mit Schwerpunkt auf politischer Beteiligung und Bildung, u.a. das 2010 mit der SozialMarie (www.sozialmarie.org) ausgezeichnete und im November 2010 im Parlament zur Aufführung gebrachte Forumtheaterprojekt „Kein Kies zum Kurven Kratzen: neuer Armut entgegenwirken“.
- Ergebnisse der Begleitforschung zu Forumtheaterprojekten.
- Gemeinsame Reflexion und Diskussion mit den Teilnehmenden über Möglichkeiten und Grenzen des Forumtheaters als Werkzeug für politische Bildung und demokratische Beteiligung.

Zusammenfassung:

Im Workshop wurde ein partizipatives Projekt vorgestellt, welches das persönliche Empowerment in den Mittelpunkt stellt. Die Menschen sollen sich dazu ermächtigen, sich in politische Kontexte einzubringen.

Es wurden ein paar praktische Übungen zum Einstieg gemacht. Dabei konnten die Grundlagen beziehungsweise Grundmechanismen vermittelt werden, mit denen in den Projekten gearbeitet wird. Es wurden unterschiedliche Projekte und Ziele die damit verfolgt wurden, vorgestellt.

Aus dem Publikum kommt die Rückmeldung, dass die Methode insgesamt sehr spannend ist. Bezugnehmend auf eine Vorstellung des Projekts im Parlament wurde auf einen wesentlichen Erfolg des Projektes verwiesen. Was hat sich dadurch verändert?

Solche Veranstaltungen sind Türöffner. Es fällt auf, dass die üblichen politischen Sprüche und Floskeln in diesem Kontext nicht mehr funktionieren. Die AkteurInnen müssen sich mit neuen

Perspektiven auseinandersetzen. Um sich später an unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten zu erinnern, ist eine genaue Dokumentation wesentlich. Eine konkrete Auswirkung bei einer Veranstaltung im Arbeitsmarktservice war, dass sich der Vorstand vom Arbeitsmarktservice erst bewusst wurde was in seiner Organisation vielfach passiert. Er meinte, seine MitarbeiterInnen müsse diese Perspektive auch weitervermittelt werden. In der Folge soll es darum gehen, weitere Konsequenzen für das eigene Handeln und die Organisation zu entwickeln.

Ein anderes Beispiel bezieht sich auf eine Vorstellung des Projekts vor steirischen Landtagsabgeordneten. Zwei Jahre später wurde InerACT in einen Unterausschuss eingeladen. Einige TeilnehmerInnen konnten sich noch an Szenen aus der Vorstellung erinnern. Dabei gab es sehr positive Rückmeldungen, dass Politik in diesem Moment erfrischend anders "funktioniert" hat.

Kontakt:

Silvia Gangl
Dr. Michael Wrentschur
InterACT
Werkstatt für Theater und Soziokultur
Neubaugasse 94
8020 Graz
Telefon: 0316/72 09 350, 0650/72 09 351
E-Mail: office@interact-online.org
Homepage: www.interact-online.org



TeilnehmerInnen

Hans Angerer, Volkshochschule Krems

Sabine Aschauer-Smolik, Bildungszentrum und Volkshochschule Saalfelden

Susanne Baumann

Peter Bogner

Hubert Brandstätter

Gerd Brunner

Ingrid Buchinger

Elisabeth Deinhofer, VHS Burgenland

Silvia Ursula Ertl

Claudia Facciani-Rizzo, Die Kärntner Volkshochschulen

Erwin Fida, Bundesanstalt Statistik Österreich

Gaby Filzmoser, ARGE Bildungshäuser Österreich

Sabine Gamsjäger, Treffpunkt Dominikanerhaus

Susanne Gebhart-Siebert, VHS Donaustadt

Ditmar Gelbmann

Erich Gerber

Paul Grüner

Franz Haiböck

Rupert Herzog, Mobbing- und Gewaltpräventionsstelle

Sandra Hochholzer, Verein maiz

Robert Hummer, Museum Arbeitswelt Steyr

Norbert Hüttel

Rupert Franz Kurz

Elfriede Leibetseder

Martina Minihuber, Arbeiterkammer OÖ

Renate Mittermayr

Christa Nowshad

Christian Ocenasek, Bundesinstitut für Erwachsenenbildung bifeb)

Martina Penzenauer, Museum Arbeitswelt Steyr

Gilda Petzold, ALOM FrauenTrainingsZentrum

Elfriede Pfeiffer

Herbert Pichler, ÖGB – Chancen Nutzen Büro

Rudolf Pinter, STEYR works

Birgit Pirklbauer

Gerald Pirkopf, voestalpine

Karin Pracher, Donau-Universität Krems

Robert Pracher, Lechner, Reiter u. Riesenfelder Sozialforschung OEG

Michaela Pröstler-Zopf, Diözese Linz, Bereich mensch&arbeit

Stephan Rosinger

Maria Sabaini

Karin Sattler, VHS Donaustadt

Christian Schmidgunst, VHS Floridsdorf – Zweigstelle Neu Stammersdorf

Susanne Schmölzer, ÖGB – Chancen Nutzen Büro

Olivia Schütz, Stadtkulturbeirat Linz

Eva Schobesberger, Stadtsenat Linz

Christoph Schönsleben, Bildungs- und Heimatwerk NÖ

Brigitte Schönsleben-Thiery, Bildungs- und Heimatwerk NÖ

Daniela Schopf

Ute Schulz, Volkshochschule Oberösterreich

Walter Schuster, VHS Brigittenau

Franz Sixtl

Marianne Sonntagbauer, Bundesinstitut für Erwachsenenbildung bifeb)

Wolfgang Stock, Österreichische Urania für Steiermark

Christine Sutrich

Klaus Thien, Österreichisches Institut für Erwachsenenbildung

Axel Tigges

Michaela Tischler

Helga M. Treichl, Universität Innsbruck

Rainer Tüchlberger, Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung Oberösterreich

Krise des politischen Systems und neue Ansätze in der Politischen Bildung

Franz Wagner, Universität Linz, Institut für Soziologie

Andreas Wahl, Radio Froh105,0 MHz – Freier Rundfunk OÖ GmbH

Martha Weninger

Tanja Wesely, VHS südliches Waldviertel

Wolfgang Zechner

Heidi Zwettler

Informationen zur Tagung

Konzeption, Tagungsleitung:

Barbara Kreilinger, Verband Österreichischer Volkshochschulen

Stefan Vater, Verband Österreichischer Volkshochschulen

Harald Wildfellner, Volkshochschule Linz – Wissensturm, Medienwerkstatt Linz

ExpertInnen:

Ulrich Brand, Universität Wien

Silvia Gangl, InterACT / Verein Amsel

Pier-Paolo Pasqualoni, Universität Innsbruck

Herbert Schweiger, Volkshochschule Donaustadt

Helga Suleiman, Selbstorganisation von und für Migrantinnen – SOMM

Helga M. Treichl, Universität Innsbruck

Michael Wrentschur, Universität Graz / InterACT

Tagungssekretariat:

Brigitte Eggenweber, Verband Österreichischer Volkshochschulen

Dokumentation:

Peter Zwielehner, Verband Österreichischer Volkshochschulen



